

Stadtverordnetenbüro  
Auskunft erteilt: Frau Allamode  
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032  
Telefax: 0641 306-2033  
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 18.12.2007

## **N i e d e r s c h r i f t**

der 13. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr  
am Dienstag, dem 27.11.2007,  
Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.  
Sitzungsdauer: 19:00 - 21:08 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Stadtverordnete der CDU-Fraktion:**

Frau Dorothe Küster

**Ausschussvorsitzende**

Herr Prof. Dr. Klaus Kramer

(in Vertretung für Stv. Bernard)

Herr Dr. Johannes Dittrich

Herr Michael Oswald

Frau Ute Wernert-Jahn

#### **Stadtverordnete der SPD-Fraktion:**

Herr Wolfgang Bellof

Frau Eva Janzen

Frau Renate Schlotmann

Frau Elisabeth Langwasser

(in Vertretung für Stv. Walldorf)

#### **Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Herr Dr. Wolfgang Deetjen

Frau Dr. Bettina Speiser

#### **Stadtverordnete der FDP-Fraktion:**

Herr Harald Scherer

### **Außerdem:**

Frau Astrid Eibelshäuser

SPD-Fraktion

(bis 20:55 Uhr)

Herr Heiner Geißler

FW-Fraktion

### **Vom Magistrat:**

Frau Gerda Weigel-Greilich

Bürgermeisterin

Herr Thomas Rausch

Stadtrat

**Von der Verwaltung:**

Herr Hans Dettling	Leiter des Stadtplanungsamtes	(bis 21:00 Uhr)
Herr Dr. Holger Hölscher	Stadtplanungsamt	
Herr Hartmut Rogge	Stadtplanungsamt	(bis 21:00 Uhr)
Frau Kerstin Stingl	Stadtplanungsamt	(bis 21:03 Uhr)
Herr Reinhard Bayer	Stadtplanungsamt	

**Vom Ausländerbeirat**

Herr Ismet Lozic	(bis 20:45 Uhr)
------------------	-----------------

**Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:**

Frau Andrea Allamode	Schriefführerin
----------------------	-----------------

**Entschuldigt:**

Frau Karen-Heide Bernard	CDU-Fraktion
Herr Andreas Walldorf	SPD-Fraktion
Herr Michael Beltz	Die Linke.Fraktion

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung:**

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Bebauungsplan GI 03/04 "Bergkaserne"; STV/0797/2007  
**hier:** Erneuter Einleitungsbeschluss und Kenntnisgabe  
Machbarkeitsstudie  
- Antrag des Magistrates vom 01.11.2007 -
3. Bebauungsplan GI 04/16 "Schlangenzahl I", 1. STV/1329/2007  
Änderung;  
**hier:** Satzungsbeschluss  
- Antrag des Magistrats vom 02.11.2007 -
4. Bebauungsplan GI 04/21 "Technologie- und Gewerbepark Leihgesterner Weg"; STV/1330/2007  
**hier:** Billigungsbeschluss über den Vorentwurf  
- Antrag des Magistrats vom 02.11.2007 -

- |    |   |               |
|----|---|---------------|
| 5. | Niederflurgerechter Umbau und Verlängerung der Busumsteigehaltestelle am Berliner Platz;<br><b>hier:</b> Änderung der Projektgenehmigung vom 12.12.2002<br>- Antrag des Magistrats vom 07.11.2007 - | STV/1337/2007 |
| 6. | Freie Vergabe an Handwerksbetriebe<br>- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 07.11.2007 -   | STV/1343/2007 |
| 7. | Grundsatzbeschluss "Gewerbeflächenpool Mittelhessen"<br>- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 19.11.2007 -   | STV/1363/2007 |
| 8. | Sanierung der Philosophenstraße<br>- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 19.11.2007 -  | STV/1365/2007 |
| 9. | Verschiedenes   |               |

### **Abwicklung der Tagesordnung:**

#### **Öffentliche Sitzung:**

##### **1. Bürger/-innenfragestunde**

---

Es liegen keine Fragen vor.

##### **2. Bebauungsplan GI 03/04 "Bergkaserne"; STV/0797/2007 hier: Erneuter Einleitungsbeschluss und Kenntnisgabe Machbarkeitsstudie - Antrag des Magistrates vom 01.11.2007 -**

---

#### **Antrag:**

1. Für das in der Anlage 1 gekennzeichnete Gebiet der Gießener Bergkaserne mit einem Abschnitt der Grünberger Straße wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB 2004, zuletzt geändert am 21.12.2006/BGBl. I S. 3316) zum Teil erneut die Aufstellung eines Bebauungsplanes mit der Bezeichnung GI 03/04 „Bergkaserne“ beschlossen. Folgende Flurstücke in der Gemarkung Gießen liegen im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanverfahrens: Flur 17 Nrn. 82/5, 82/7, 82/10, 82/11, 82/13, 82/14 sowie 255/4 teilweise (tlw.) und Flur 18 Nr. 251 tlw..
2. Die in der Anlage 2 (Kurzfassung) aufgeführte Machbarkeitsstudie Bergkaserne mit ihrem Bebauungsplan-Konzept wird zustimmend zur Kenntnis genommen und soll

Grundlage für den aufzustellenden Bebauungsplan werden.

3. Als vorläufige Ziele des Planverfahrens werden beschlossen:
  - Planungsrechtliche Absicherung der vorhandenen Standorte der Hauptzollverwaltung,
  - Flächenausweisung für die kurzfristige Ansiedlung eines Lebensmittel- (Vollsortimenter) und Getränkemarktes an der Grünberger Straße,
  - Neuerschließung des Plangebietes mit teilweise neuer Trassierung zwischen Licher und Grünberger Straße sowie Anbindung der Straße Kugelberg,
  - Abschnittsweise Erschließung und Entwicklung von Wohn- und Mischgebieten auf den restlichen Bauflächen,
  - Erhaltung und Entwicklung einer Gebietsdurchgrünung als Kombination aus öffentlichen und privaten Grün- oder Pflanzflächen,
4. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen.
5. Auf Grundlage der Beschlüsse zu den Nummern 1-3 sind die frühzeitigen Beteiligungsverfahren für die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 sowie die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch BauGB durchzuführen.

**Stadtrat Rausch** begründet kurz den vorliegenden Bebauungsplan. Unter anderem berichtet er, dass die Bergkaserne erst im November von der Bundeswehr an die Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten (Bima) zurückgegeben worden sei. Große Flächen des Geländes seien versiegelt und Hallen sowie Garagen eignen sich nur für den Abriss. Auch sei die Sanierung von Verwaltungs- und Unterkuftsgebäuden nicht billig. Eines oder vielleicht auch zwei dieser Gebäude könnte der Zoll übernehmen. Eine große, neue Wohnsiedlung sei Kernstück des Plans. Die Zufahrten seien sowohl von der Licher als auch von der Grünberger Straße aus vorgesehen.

**Stv. Janzen**, SPD-Fraktion, erklärt, ihre Fraktion vermisse ein städtebauliches Entwicklungskonzept und beantragt aus diesem Grund, die Einfügung eines weiteren Spiegelstriches unter Punkt 3. und Ergänzung der Vorlage um einen Punkt 6., **diese lauten wie folgt:**

*Punkt 3: - Vorhaltung von Flächen für Bildung und Fortbildung*

*Punkt 6: Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes soll ein städtebauliches Entwicklungskonzept vorgelegt werden, in dem eine Gesamtperspektive für den zu entwickelnden Bereich dargestellt wird.*

Sowohl die Koalition als auch der Vertreter der FW-Fraktion, **Stv. H. Geißler**, sehen die Forderung nach einem städtebaulichen Entwicklungskonzept durch die vorliegende Machbarkeitsstudie als erfüllt an.

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Janzen, H. Geißler, Scherer, Bellof und Stadtrat Rausch.

**Beratungsergebnis:**

- Der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD).
- Der Vorlage STV/0797/2007 wird einstimmig zugestimmt.

**3. Bebauungsplan GI 04/16 "Schlangenzahl I", 1. STV/1329/2007  
Änderung;  
hier: Satzungsbeschluss  
- Antrag des Magistrats vom 02.11.2007 -**

---

**Antrag:**

1. Es wird festgestellt, dass aus der Offenlegung des am 20.09.2007 beschlossenen Entwurfes für die 1. Änderung des Bebauungsplanes GI 04/16 „Schlangenzahl I“ seitens der Öffentlichkeit sowie der Träger öffentlicher Belange keine Stellungnahmen mit Anregungen eingegangen sind.
2. Der in der Anlage beigefügte Bebauungsplan GI 04/16 „Schlangenzahl I“, 1. Änderung wird mit seiner Begründung als Satzung beschlossen. Die für Teile des räumlichen Geltungsbereiches GI 04/16 beschlossenen Planänderungen werden somit Bestandteil des gesamten Bebauungsplanes.
3. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekanntzumachen.

**Beratungsergebnis:** Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**4. Bebauungsplan GI 04/21 "Technologie- und STV/1330/2007  
Gewerbepark Leihgesterner Weg";  
hier: Billigungsbeschluss über den Vorentwurf  
- Antrag des Magistrats vom 02.11.2007 -**

---

**Antrag:**

1. Der Bebauungsplan-Geltungsbereich wird erweitert um einen Teilbereich der Parzelle Gemarkung Gießen, Flur 12 Nr. 95/2.
2. Der Bebauungsplan-Vorentwurf GI 04/21 „Technologie- und Gewerbepark Leihgesterner Weg“ (Anlage) sowie die eigenständigen, in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen (§ 81 Hess. Bauordnung HBO) und die wasserrechtliche Satzung (§ 42 Hess. Wassergesetz HWG) wird mit seiner Begründung und der darin enthaltenen Umweltverträglichkeits-Vorprüfung gebilligt.
3. Auf Grundlage des Beschlusses zu Nummer 1 sind die frühzeitigen Beteiligungsverfahren für die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 sowie die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch BauGB durchzuführen.

**Stadtrat Rausch** erläutert in kurzen Worten den vorliegenden Bebauungsplan.

Die Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes - **Herr Dr. Hölscher, Frau Stingl und Herr Rogge** - stellen anhand einer ausführlichen Power Point Präsentation den Bebauungsplan vor. Unter anderem führen sie aus, dass direkt am Leihgesterner Weg, auf Höhe der Naturwissenschaften der Universität, sich auf drei Sondergebietsflächen innovative und technologieorientierte Unternehmen ansiedeln sollen. Im südlichen und östlichen Bereich setzt die Stadt Gießen auf das Recycling alter Industrieflächen, darunter der stillgelegten Anlagen der einstigen Keramikfirma Gail. Hier werden in der Planung Gewerbegebiete und eine Industriefläche ausgewiesen, während im nördlichen Bereich eine Fläche vorgehalten werde, um dem Gießener Traditionsunternehmen Poppe eine Erweiterung zu ermöglichen. Die Haupteerschließung des Gesamtgebietes erfolge über die bis zum Leihgesterner Weg verlängerte Ferniestraße, die die Bahnlinie Gießen-Gelnhausen unterqueren solle.

Es wird u. a. darauf hingewiesen, wie rasch sich im Bereich von Industriebrachen, auf denen sich keine Menschen mehr aufhalten, die Pflanzen- und Tierwelt ausbreitet. So listet der zur Planung gehörende Umweltbericht für die Teichlandschaft im Bereich der Gail-Liegenschaften erstaunlich hohe Populationen „streng geschützter“ Arten auf (z. B. Eidechsen, Molch- und Froscharten). Der Lebensraum der Tiere solle dauerhaft bewahrt werden und wurde der Europäischen Union vom Land Hessen als FFH-Fläche (Flora-Fauna-Habitat-Gebiet) gemeldet. Die Stadt plane eine Biotopvernetzung.

Anschließende Fragen der Stv. Schlotmann, Dr. Dittrich, Janzen, Eibelshäuser, Scherer und Bellof werden ausführlich von Herrn Dr. Hölscher, Frau Stingl, Herrn Rogge, Herrn Stadtrat Rausch und Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich beantwortet.

**Stv. Janzen**, SPD-Fraktion, macht auf einen textlichen Widerspruch in der Anlage 3 auf den Seiten 12 (*unter 5.1 - Städtebauliche Konzeption und Grünordnungskonzept -*) und 20 (*unter Abb. 3: Zulässige Nutzungen, Gewerbegebiet GE<sup>3</sup> - Flächen Nr. 13 und 14 -*) aufmerksam. Auf Seite 12 werden Vergnügungsstätten als „zulässig“ bezeichnet, während auf Seite 20 Vergnügungsstätten „ausgeschlossen“ werden.

**Stadtrat Rausch** stimmt ihr zu und erklärt, die Formulierung werde geändert.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD).

5. **Niederflurgerechter Umbau und Verlängerung der Busumsteigehaltestelle am Berliner Platz;** **STV/1337/2007**  
**hier: Änderung der Projektgenehmigung vom 12.12.2002**  
**- Antrag des Magistrats vom 07.11.2007 -**
- 

**Antrag:**

Dem Entwurf der geänderten Planung vom 07.11.2007 zum niederflurgerechten Umbau und Verlängerung der Busumsteigehaltestelle am Berliner Platz (Fahrtrichtung Marktplatz/Bahnhof) und Neubau einer Bushaltestelle in der Ostanlage wird zugestimmt.

**Stadtrat Rausch** begründet die vorliegende Vorlage.

Auf Nachfrage der SPD-Mitglieder bestätigt **Stadtrat Rausch**, dass die Bushaltestellen während der Bauzeit verlegt werden müssen. Stadt und Stadtwerke arbeiten an einer Lösung.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

6. **Freie Vergabe an Handwerksbetriebe** **STV/1343/2007**  
**- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 07.11.2007 -**
- 

**Antrag:**

Der Magistrat wird gebeten, die von der Landesregierung beschlossene Grenze zur freihändigen Vergabe von Aufträgen an Handwerksbetriebe zu nutzen. Hierbei sollen Aufträge bis zu einem Volumen von 50.000,- € je Gewerk für Bauleistungen und 20.000,- € für Lieferungen und Leistungen verstärkt an heimische Handwerksbetriebe freihändig vergeben werden. Die Möglichkeit soll eigenständige Meisterbetriebe stärken und so auch die Arbeitsplätze sichern helfen.

**Beratungsergebnis:** Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

7. **Grundsatzbeschluss "Gewerbeflächenpool Mittelhessen"** **STV/1363/2007**  
**- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 19.11.2007 -**
- 

**Antrag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, sich an dem Arbeitsprozess für einen „Gewerbeflächenpool für Mittelhessen“ des Regierungspräsidiums Gießen zu beteiligen. Die Beteiligung soll unter folgenden Prämissen stattfinden:

1. Der bereits mit Wetzlar und den Umlandgemeinden laufende Prozess REFINA

(Reduzierung der Flächeninanspruchnahme durch ein nachhaltiges Siedlungsflächenmanagement) wird weitergeführt und die Ergebnisse in dem Prozess „Gewerbeflächenpool“ berücksichtigt.

2. Vor einer endgültigen Zustimmung zu einem Gewerbeflächenpool ist ein erneuter Beschluss des Stadtparlaments zu fassen.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**8. Sanierung der Philosophenstraße STV/1365/2007  
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und  
FDP vom 19.11.2007 -**

---

**Antrag:**

Der Magistrat wird beauftragt, eine grundhafte Sanierung der Philosophenstraße zwischen Ursulum und dem Ortseingang Wieseck einzuleiten.

Vorab soll geprüft werden, ob und wie im Zusammenhang mit der Sanierung eine dauerhafte Rad- und Fußwegeverbindung geschaffen werden kann.

Des Weiteren soll geprüft werden, ob und auf welche Art und Weise an der Einmündung Martha-Mendel-Weg eine Querungshilfe für Fußgänger, Radfahrer, Läufer und Inline-Skater geschaffen werden kann.

Das Ergebnis der Prüfung Rad- und Fußweg und Querungshilfe soll der Stadtverordnetenversammlung vor Genehmigung der Ausbauplanung, spätestens aber bis zum 30.06.2008 vorgelegt werden.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**9. Verschiedenes**

---

**Vorsitzende** erinnert, dass morgen eine gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses und des Bauausschusses zum Thema „Vorstellung Projekt Nordstadt“ stattfindet (Beginn: 18:00 Uhr).

Die nächste reguläre Sitzung des Bauausschusses findet am Dienstag, **22.01.2008, 19:00 Uhr**, statt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

**DIE VORSITZENDE:**

(gez.) K ü s t e r

**DIE SCHRIFTFÜHRERIN:**

(gez.) A l l a m o d e